Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 1
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>T01 AMPRION GMBH</p> <p><u>Schreiben vom 23.02.2024</u></p> <p>„im Planbereich der o. a. Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.“</p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>T02 BUND SAARLAND E.V. HAUS DER UMWELT</p> <p><u>Schreiben vom 19.03.2024</u></p> <p>„Stellungnahme</p> <p>Ausgangssituation: Im vorliegenden Bebauungsplanverfahren wird für den erweiterten Geltungsbereich eine neue Bebauungssatzung für bereits bebautes Stadtgebiet vorgeschlagen. Ziel der hier vorliegenden Bebauungsplanaufstellung ist, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die bauliche Umwandlung und Neugestaltung des BRUCH Areal zu schaffen und diese für künftige Bebauung zu erschließen. Der Geltungsbereich für das im BBP beschriebene Plangebiet liegt in bereits bebautem Gebiet mit hoher Bebauungsdichte. Hiermit erstellen wir frist- und formgerecht die folgende Stellungnahme zu dem o.g. Bebauungsplan (BBP) im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 4 BauGB:</p> <p>Vorwort und Statement zur Planungslage Seit Juli 2023 ist das Saarländische Klimaschutzgesetz (SKSG) durch den Landtag des Saarlandes beschlossen und besitzt Gesetzeskraft. Darin werden Land, Gemeinde und Städte ausdrücklich dazu aufgerufen, bei allen Maßnahmen, die klimaberührend sind, eine Vorreiterrolle einzunehmen und mit gutem Beispiel voranzugehen.</p> <p>Vor dem Hintergrund der besonders in der Saarbrücker Innenstadt kontinuierlich zunehmenden Durchschnittstemperaturen und Spitzentemperaturen in</p>	<p>Konsequenz: Kein Änderungsbedarf.</p> <p>Begründung:</p>

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 2
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>den Sommermonaten sind insbesondere Bürgerinnen und Bürger in dichtbesiedelten Stadtgebieten vom Klimawandel in überproportionalem Maße betroffen.</p> <p>Dazu hat bereits am 19. Juni 2019 der Saarbrücker Stadtrat den KLIMANOTSTAND für Saarbrücken ausgerufen und hat zudem eine neue NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE für die Landeshauptstadt Saarbrücken beschlossen.</p> <p>Alle Maßnahmen und Rechtsetzungen im vorliegenden BBP müssen diesen erhöhten Anforderungen Rechnung tragen</p> <p>Weitere gewichtige Gründe sprechen zusätzlich für eine Ergänzung und Fortschreibung der hier kommentierten Bebauungsplanung und sind im Folgenden einzeln zu berücksichtigen, diese gliedern sich in die folgenden Bereiche:</p> <p>GLIEDERUNG</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Klimaauswirkungen <ul style="list-style-type: none"> - Wald und Begrünungsmaßnahmen - Bauphase / Betriebsphase - Lärm, Abgase, Müll und THG-Emissionen 2. Ökologie und Biodiversität - Flora & Fauna 3. Grundwasser, Niederschlagswasser und Starkregenereignisse 4. Flächenverbrauch / Versiegelung 5. Infrastruktur und Energieversorgungsplanung - PV-Anlagen 6. Mobilität und Verkehr (ruhender und fließender Verkehr) <p>1. Klimaauswirkungen des BBP</p> <p>Die Folgen für Arten- und Klimaschutz sowie die Bedeutung der umliegenden Wälder für die Ökologie, und damit unserer Lebensgrundlagen, sind dem Artenschutzbericht zum Projekt zu entnehmen.</p> <p>Das in bebautem städtischem Gebiet liegende Plangebiet ist bereits in sehr hohem Maß baulich verdichtet und weist demzufolge einen sehr hohen Versiegelungsgrad der Flächen auf.</p> <p>Wald und Begrünungsmaßnahmen</p> <p>Die Bestandsbäume entlang der Scheidter Straße sowie auf den bestehenden Grundstücken tragen zur lokalen, nachhaltigen Mikroklimaverbesserung und Kühlung vor allem in den Sommermonaten bei und sind daher uneingeschränkt zu schützen und zu erhalten.</p> <p>Vor dem Hintergrund weiter zunehmender Temperaturen und zu erwartender Starkregenereignisse sind alle Dächer - vor allem solche, die neu zur Erstellung/Ausführung kommen werden - soweit dies</p>	<p>1. Klimaauswirkungen des BBP</p> <p>Wesentlich negative Auswirkungen auf die Belange des Klimaschutzes können weitgehend ausgeschlossen werden. Das Gebiet ist schon heute bereits überwiegend bebaut und vollständig erschlossen.</p> <p>Wald und Begrünungsmaßnahmen</p> <p>Die bestehenden Alleebäume entlang der Scheidter Straße sind zu erhalten und zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen. Dies ist entsprechend im Bebauungsplan festgesetzt. Zudem ist die Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Saarbrücken zu beachten.</p> <p>Ebenso ist die Begrünungssatzung der Landeshauptstadt Saarbrücken zu beachten. Die wesentlichen Festsetzungen wurden explizit in</p>
---	--

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 3
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>technisch möglich ist, zu begrünen und die Begrünungsrichtlinie der LHS Saarbrücken uneingeschränkt in folgenden Bauverfahren vorzuschreiben.</p> <p>Weitere Ausführungen dazu folgen in Kapitel „Flora und Fauna“ und „flächenverbrauch-Versiegelung“ in dieser Stellungnahme.</p> <p>Zur Begründung :</p> <p>Die Regenerations- sowie Abkühlfunktion der vorhandenen Bäume und zu begrünender Flächen kommt allen umliegenden Arealen des Geltungsbeereichs zugute und senkt insbesondere im Sommer die Temperaturen in der direkten Umgebung spürbar für alle Anwohnenden.</p> <p>Ausgleichsmaßnahmen</p> <p>Ausgleichsmaßnahmen für eventuell unvermeidlich werdende Baumfällungen sind grundsätzlich und auch für dieses BSP-Verfahren wie folgt vorzuschreiben :</p> <ul style="list-style-type: none"> - Lokal, das heißt unmittelbar vor Ort - Zeitnah und nachhaltig - In gleicher Qualität und Güte was die zu rodenden Bäume angeht - In 2-facher Anzahl und Menge Neupflanzungen als die zu rodende Baumfläche <p>Zur BEGRÜNDUNG:</p> <p>Fern entlegene Ausgleichsmaßnahmen nützen dem lokalen Klima vor Ort nichts. Auch ein Ökopunkteausgleich kann keine geeignete und qualitativ adäquate Maßnahme zur Sicherstellung eines intakten Mikroklimas sein.</p> <p>Ausgleichsmaßnahmen, die nicht den o.g. Kriterien entsprechen, sind langfristig für die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger schädlich, da sie auch die wichtige Erholungs- und Regenerationsfunktion des vorhandenen Waldes nicht erhalten.</p> <p>Bauphase und Baubetriebsphase</p> <p>Zwingend sind in jeglicher Bauplanung im Jahr 2024 alle Emissionen zu erfassen und zu bewerten, die für die geplante Errichtung von Gebäuden und deren Betrieb abfallen.</p> <p>Eine CO₂-Ermittlungsbilanz für die beiden Phasen im Lebenszyklus der geplanten Bauten ist digitalisiert bereits möglich und von daher als zwingende Auflage schon im BBP vorzuschreiben.</p> <p>Dabei ist folgende Priorisierung vorzunehmen:</p>	<p>den Bebauungsplan aufgenommen. So sind u. a. Dachflächen von Flachdächern und flach geneigten Dächern bis 15° ab einer Mindestgröße von 30 m² Dachfläche dauerhaft zumindest extensiv zu begrünen.</p> <p>Die Intensität der Begrünung wurde sogar gegenüber der Begrünungssatzung erhöht.</p> <p>Ausgleichsmaßnahmen</p> <p>Die Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Saarbrücken ist zu beachten. Etwaige Ersatzpflanzungen aufgrund unvermeidlich werdender Baumfällungen richten sich nach der Satzung.</p> <p>Ausgleichsfestsetzungen werden nach Fertigstellung der Eingriffs- / Ausgleichsbilanzierung zur nächsten Stufe der Beteiligung vorgelegt.</p> <p>Bauphase und Baubetriebsphase</p> <p>Die Anmerkungen betreffen die konkrete Bauausführung und sind daher für den Bebauungsplan nicht relevant.</p> <p>Für den Bereich des ehem. Bruch-Areals werden diese jedoch vorsorglich an den Vorhabenträger weitergegeben.</p> <p>Zudem hat aufgrund der städtebaulichen Bedeutung bereits eine Beratung im Gestaltungsbeirat stattgefunden. Das städtebauliche Konzept, Kubatur, etc. sind somit bereits abgestimmt und sollen nicht mehr grundlegend geändert werden.</p>
---	--

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 4
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>- Möglichst geringe Baumassen (Skelettbau vor Massivbau) und Auswahl von klimafreundlichen Materialien mit möglichst geringen CO₂-Emissionen bei Herstellung und Verarbeitung.</p> <p>- Betrachtung und Evaluation der über mindestens 50 Jahre zu erwartenden THG-Emissionen die für den Betrieb, Unterhalt und Rückbau des geplanten Gebäudes entstehen.</p> <p>- Ermittlung und Bewertung der Rückbaubarkeit und Nachnutzbarkeit (Re-Use oder Recycling) aller verwendeten Materialien am Ende des Lebenszyklus („End of life cycle“ Betrachtung) des geplanten Gebäudes.</p> <p>Eine Realisierung neuer, zu errichtender Gebäude in konventioneller Bauweise mit Stahlbeton, Sichtbeton, Klinker und Ziegel sowie Stahl führt unweigerlich zu eminent hohen THG-Emissionen schon in deren Herstellung, darunter signifikant CO₂, das bekanntermaßen zur Erwärmung der Atmosphäre ursächlich verantwortlich ist und irreversibel für Jahrhunderte in der Atmosphäre verbleibt.</p> <p>Alternativen, die technisch machbar und wirtschaftlich sind, existieren nach allgemein anerkanntem Stand der Technik zur Genüge und sind erprobt und nach geltender saarländischer Landesbauordnung bis Gebäudeklasse 5 bereits jetzt schon zulässig.</p> <p>Die Vermeidung von „grauer Energie“ ist daher angesichts des aktuellen und sich verschärfenden Klimawandels auch in Saarbrücken zwingend in das BBP mit geeigneten Maßnahmen und Vorgaben hinsichtlich der Verwendung klimafreundlicher Baustoffe und -verfahren aufzunehmen. Daher ist in den Bebauungsplan von Anfang an die Forderung nach maximaler Vermeidung CO₂-emittierender Baustoffe und -verfahren aufzunehmen.</p> <p>Die saarländische LBO ermöglicht bereits die Verwendung klimafreundlicher Baustoffe und -verfahren; die LHS Saarbrücken bleibt aufgerufen, mittels Beantragung bei OBB1 im Ministerium für Inneres, Bauen und Sport die notwendigen Erlaubnisse und Gestattungen einzuholen, die dafür zur Zeit noch erforderlich sein können.</p> <p>Ziel muss es im BBP sein, unmißverständlich und für jederfrau/-mann nachvollziehbar die Reduktion baubedingter THG-Emissionen vorzuschreiben und damit zur Vermeidung weiterer klimaschädlicher Effekte beizutragen.</p> <p>Für die Betriebsphase neuer, geplanter und zu errichtender Gebäude ist zwingend eine emissionslose Beheizung und Kühlung vorzuschreiben.</p>	<p>Die dem Gestaltungsbeirat vorgelegte Konzeption zeichnet sich v. a. auch durch die Verwendung heller Materialien, intensiv begrünter Dachflächen und Innenhöfe, etc. aus.</p> <p>Nach Rückmeldung des Vorhabenträgers soll das Gebäude als KfW-Effizienzhaus 55 in massiver Bauweise realisiert werden. Die Wärmeversorgung des Komplexes soll über den Anschluss an die städtische Fernwärmeleitung sichergestellt werden.</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 5
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>Verkehrsbedingter Lärm, Abgase und sonstige THG-Emissionen</p> <p>Zu den umweltschädigenden und die Gesundheit der Menschen gefährdende Emissionen zählen vor allen Dingen Lärm, Abgase, Abrieb von Autoreifen, Feinstaub sowie NOX- und Methangasemissionen die zudem über lange Zeit in der Atmosphäre und damit der Atemluft aller Bürger*innen verbleiben. Im aktuell vorliegenden BBP wird diesen Gefahren, die vom Projekt, der möglichen Bebauung und infolgedessen von dem hierdurch bedingten zunehmenden motorisierten Individualverkehr ausgehen, nicht ausreichend Rechnung getragen. In einer Gefährdungs- und Risikoanalyse sind diese Gefährdungspotenziale daher im Vorhinein gutachterlich zu untersuchen und Maßnahmen im BBP verbindlich festzuhalten, wie diese von Beginn an reduziert bzw. ausgeschlossen werden können. Ziel muss es bei Formulierung des BBP von Anfang sein und bleiben, einen ruhigen also lärmminimierten Verkehr insbesondere in der Scheidter Straße zu gewährleisten sowie Emissionen, welche die Gesundheit der vor Ort Arbeitenden, Gästen und Besuchern auf ein Minimum reduzieren und dies bereits ab Beginn möglicher/eventueller Baumaßnahmen. Für die Scheidter Straße ist daher eine Tempo 30 km/h Zone in beiden Fahrtrichtungen über die gesamte Länge vorzusehen. Ein Tempolimit in der Scheidter Straße reduziert nicht nur Emissionen der Fahrzeuge, sondern führt auch zur nachhaltigen Verbesserung der Straßenverkehrssicherheit im Plangebiet insbesondere in Hinblick auf die durch die Neubebauung zu erwartende zunehmende Anzahl von Anwohnenden, unter ihnen Kinder und ältere Mitbürgerinnen. Eventuell fehlende baurechtliche Voraussetzungen für die Realisierung dieses Szenarios sind bei OBB1 durch Einholung ministerieller Ausnahmegenehmigungen bzw. die Beantragung eines Zielabweichungsverfahrens (ZAV) durch die LHS Saarbrücken zu heilen (siehe oben).</p> <p>2. Ökologie und Biodiversität</p> <p>In den vorhandenen Gärten hinter den Bestandsbauten des Geltungsbereichs sowie zu den neu zu errichtenden Gebäuden entstehenden Grünflächen ist auf eine ökologische und die Biodiversität abzielende Bepflanzung und Nutzung zu achten.</p> <p>2.2. Flora und Fauna im Plangebiet Keine besonderen Anmerkungen.</p>	<p>Verkehrsbedingter Lärm, Abgase und sonstige THG-Emissionen</p> <p>Zur Untersuchung der potenziellen Geräuschmissionen wurde die SGS-TÜV Saar GmbH bereits im Vorfeld mit der Erstellung eines schalltechnischen Gutachtens beauftragt. Aufgrund der Ergebnisse wurden bereits entsprechende Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes gem. § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB im Bebauungsplan festgesetzt.</p> <p>2. Ökologie und Biodiversität</p> <p>Die Begrünungssatzung der Landeshauptstadt Saarbrücken ist zu beachten. Hierauf wird in dem Bebauungsplan nochmal explizit hingewiesen.</p>
---	---

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 6
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>3. Grundwasser, Niederschlagswasser und Starkregenereignisse</p> <p>Die Auffangerfordernisse für künftige mögliche Starkregenereignisse sind im vorliegenden BBP nur ungenügend beschrieben bzw. vorgeschrieben. Zwingend sind hier Auffangzisternen und Rückhaltebecken vorzuschreiben, die von der Kapazität her geeignet sind, künftige Starkregenereignisse aufzufangen. Die diesbezüglichen Erkenntnisse und Datenprojektionen des Deutschen Wetterdienstes hierzu sind zu berücksichtigen.</p> <p>Die vom Deutschen Wetterdienst für diesen Standort berechneten KOSTRA-Niederschlagsmengen und Wiederkehrzeiten sind an diesem Standort vorausschauend auf ein 100 jähriges Niederschlagsereignis zu berücksichtigen.</p> <p>Bei einer jahrzehntelangen Nutzungsdauer der neuen Gebäude muss der zukünftige Klimawandel in hohem Maße berücksichtigt werden.</p> <p>Eine Planung mit einem lediglich 5-jährigen Niederschlagsereignis wird in dieser bereits stark versiegelten Vor-Ort-Situation bei einem Starkniederschlag nicht mehr zur Starkregenvorsorge ausreichen.</p> <p>Wir warnen hier ausdrücklich vor einer Unterdimensionierung von Vorsorgemaßnahmen bei Planung und Bau und einer Vernachlässigung künftiger Klimaveränderungen.</p>	<p>3. Grundwasser, Niederschlagswasser und Starkregenereignisse</p> <p>Die Entwässerung des Plangebietes ist bereits wie folgt im Bebauungsplan festgesetzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Plangebiet ist im Trennsystem zu entwässern. • Das Schmutzwasser ist in den bestehenden Schmutzwasserkanal im Bereich der Scheidter Straße einzuleiten. • Das auf dem Grundstück anfallende Niederschlagswasser ist vollständig auf dem Grundstück zu versickern. • Sollte eine Versickerung technisch oder rechtlich nicht möglich sein, ist das anfallende Niederschlagswasser durch geeignete Maßnahmen (z. B. Dachbegrünung, Retentionszisternen, etc.) auf dem Grundstück zurückzuhalten und gedrosselt dem vorhandenen Regenwasserkanal im Bereich der Scheidter Straße zuzuführen. • Die konkretisierten Planungen / Detailplanungen sind vor der Bauausführung mit der ZKE abzustimmen. <p>In Anbetracht der klimatischen Veränderungen wird zudem vorsorglich darauf hingewiesen, dass Oberflächenabflüsse (aufgrund von Starkregenereignissen) einem kontrollierten Abfluss zugeführt werden müssen. Den umliegenden Anliegern darf kein zusätzliches Risiko durch unkontrollierte Überflutungen entstehen. Hierfür sind bei der Oberflächenplanung vorsorglich entsprechende Maßnahmen vorzusehen. Besonderer Maßnahmen zur Abwehr von möglichen Überflutungen sind während der Baudurchführung und bis hin zur endgültigen Begründung und Grundstücksgestaltung durch die Grundstückseigentümer zu bedenken.</p> <p>Gemäß § 5 Abs. 2 WHG ist jede Person im Rahmen des ihr Möglichen und Zumutbaren verpflichtet, Vorsorgemaßnahmen zum Schutz vor nachteiligen Hochwasserfolgen und zur Schadensminderung zu treffen.</p>
--	--

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 7
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>4. Flächenverbrauch, Versiegelung von Oberflächen</p> <p>Im aktuell vorliegenden BBP fehlen Vorgaben zur prozentualen Freihaltung von nicht versiegelten Flächen. Gemäß SKSG sind Flächenverbrauch und Versiegelung auf das absolut notwendige Minimum zu reduzieren und versiegelte Flächen zugunsten einer möglichen Regeneration von Grundwasser in einem angemessenen Verhältnis zu Freiflächen zu halten.</p> <p>Angesichts der bereits sehr hohen Versiegelungsquote im Planungsgebiet ist daher für Neubebauungen eine Freiflächenquote von mindestens 50 % gegenüber den versiegelten Flächen im BBP zu fordern.</p> <p>Neu zu schaffende Fahrwege, Stellplätze und sonstige Verkehrsflächen sind versickerungsfähig mit Auffang-Drainage, Geotextil-Abdichtung im Untergrund und den anerkannten Regeln der Technik entsprechenden Vorrichtungen zu gestalten, um eine maximal mögliche Versickerung von Oberflächenwässern und Niederschlägen sicherzustellen. Im vorliegenden BBP ist zu ergänzen, daß auf Stellplätze möglicherweise verzichtet werden kann, wenn dies der Realisierung eines autofreien Quartiers dient.</p> <p>Die bereits bestehende, optimale Anbindung des Plangebietes an den Öffentlichen Personen-Nahverkehr ermöglicht eine solche Planung und Vorschrift im Sinne und zugunsten von THG-Emissionsentlastung in der Innenstadt.</p> <p>Auch bezüglich aller Ver- und Entsorgungsleitungen, insbesondere für alle im Plangebiet zu verlegenden Abwasser - und Entwässerungsleitungen sind ebensolche Sicherheits- und Vorsichtsmaßnahmen von vornherein im BBP verbindlich vorzuschreiben.</p> <p>5. Infrastruktur und Energieversorgungsplanung</p> <p>Die im BBP (aktuelle Fassung) vorgegebene Quote von lediglich 50 % für PV-Anlagen auf Dächern und Fassaden ist im Jahr 2024 nicht mehr zeitgemäß. Eine Quote von 100 % ist hier stattdessen zu fordern und notwendig sowie technisch und wirtschaftlich machbar.</p> <p>Es ist darauf zu achten, daß alle Gebäude autonom mit nicht erneuerbaren Energien versorgt werden können. Alle Energie, die zum Gebäudebetrieb erforderlich ist, muss emissions- und klimaneutral erzeugt werden.</p>	<p>4. Flächenverbrauch, Versiegelung von Oberflächen</p> <p>Für das Plangebiet ist eine Grundflächenzahl (GRZ) festgesetzt.</p> <p>Die Grundflächenzahl gemäß § 19 Abs. 1 BauNVO ist eine Verhältniszahl, die angibt, wie viel Quadratmeter Grundfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind.</p> <p>Demnach erfasst die Grundflächenzahl den Anteil des Baugrundstücks, der von baulichen Anlagen überdeckt werden darf. Folglich wird hiermit zugleich ein Mindestmaß an Freiflächen auf dem Baugrundstück gewährleistet (sparsamer Umgang mit Grund und Boden).</p> <p>Gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB ist zudem festgesetzt, dass sämtliche Formen von Wegen und Zuwegungen zu Gebäuden und Nebenanlagen auf den privaten Grundstücken mit versickerungsoffenen Belägen herzustellen sind.</p> <p>Die innerhalb des Plangebietes vorhandenen Leitungen sind bereits im Bestand in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>5. Infrastruktur und Energieversorgungsplanung</p> <p>Durch die Vorgabe der verbindlichen Realisierung von Photovoltaikanlagen auf den Dachflächen der Gebäude bei Neubauten wird die Energiegewinnung aus solarer Strahlungsenergie zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung des Gebietes sichergestellt und dadurch zugleich ein Beitrag zum Klimaschutz gewährleistet.</p> <p>Die vorgegebene Quote von 50 % ist dabei für den Privaten zumutbar und wirtschaftlich vertretbar.</p>
--	--

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 8
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Dies erfordert intelligente Gebäudemanagementkonzepte und diese Forderung erzwingt in der Phase der künftigen Bauvorhaben deren Umsetzung und Realisierung; daher kommt dieser Forderung eminente Bedeutung zu.</p> <p>Emissionsfreie Heiz- und Kühlsysteme sind ebenfalls bereits im BBP vorzuschreiben. Diese sind heute bereits Stand der Technik und wirtschaftlich machbar. Bis 2030 müssen laut geplanter EU-Richtlinie „Gebäude“ alle Neubauten emissionsfrei beheizt und gekühlt werden.</p> <p>Infrastruktur: LED-Beleuchtung und intelligentes Beleuchtungs- und Gebäudemanagement sind zwingend bereits im BBP vorzusehen, um den Energiebedarf für den Betrieb der geplanten Gebäude zu minimieren. Für neu zu errichtende Gebäude ist Zertifizierung nach DGNB-Richtlinie mindestens Standard „Silber“ schon im BBP vorzuschreiben. Die diesbezüglichen einschlägigen Vorschriften des SKSG für die klimaschonende Ausführung von BBP/BV's müssen beachtet werden.</p> <p>7. Mobilität und Verkehr Tempo 30 Scheidter Straße Mit der geplanten Neubebauung ist von einer Zunahme der Anzahl Anwohnender auszugehen. Damit einher geht zwangsläufig eine Erhöhung der Anzahl privater Motorfahrzeuge. Um den Erfordernissen nach Reduktion der durch den sich steigernden Verkehr lokal erzeugten Emissionen entgegenzuwirken, ist zwingend ein Tempolimit von 30 km/h über die gesamte Länge der Scheidter Straße schon im BBP auszuweisen und aufzunehmen.</p> <p>Auch führt die gestiegene Anzahl von Fahrzeugen, die zu erwarten ist, zu einem Mehrbedarf an Stellplatz- und Parkflächen für diese Fahrzeuge. Wir schlagen daher zu Beginn der Planung vor, versiegelte Flächen für Parkplätze/ Stellplätze auf das absolute Minimum zu reduzieren und statt dessen ein autofreies Quartier mit hoher Aufenthalts- und Umgebungsqualität im BBP vorzuschreiben. Unvermeidliche Park- und Stellplätze sind versickerungsfähig und offen durchlässig vorzuschreiben. Park-Tiefgaragen sind aufgrund der erheblichen Betonmengen zu deren Herstellung zu vermeiden und stattdessen alternativ eventuell ein QUARTIERPARKGEBÄUDE in Holz-Hybrid-Hochbau CO2-Emissions-sparend vorzuschreiben.</p>	<p>Auf eine Erhöhung der Quote auf 100 % wird verzichtet.</p> <p>Die übrigen Anmerkungen betreffen die konkrete Bauausführung und sind daher für den Bebauungsplan nicht relevant. Für den Bereich des ehem. Bruch-Areals werden diese jedoch vorsorglich an den Vorhabenträger weitergegeben.</p> <p>Infrastruktur: Die Anmerkungen betreffen die konkrete Bauausführung und sind daher für den Bebauungsplan nicht relevant. Für den Bereich des ehem. Bruch-Areals werden diese jedoch vorsorglich an den Vorhabenträger weitergegeben.</p> <p>7. Mobilität und Verkehr Der durch die Realisierung des Projektes entstehende Verkehr (Zu- und Abfahrtsverkehr durch Bewohner und Besucher der Appartement-Anlage) kann von der Scheidter Straße aufgenommen werden. Zur genauen Beurteilung der verkehrlichen Auswirkungen wurde bereits ein Verkehrsgutachten erstellt. Das Gutachten ist zu dem Ergebnis gekommen, dass aus verkehrsplanerischer Sicht einer Realisierung des Planvorhabens nichts entgegen spricht. Der ruhende Verkehr wird komplett auf den privaten Grundstücken - im Bereich des Bruch-Areals in einer Tiefgarage - geordnet. Dies trägt dazu bei, dass ruhender Verkehr und Parksuchverkehr auf den angrenzenden Straßen des Plangebietes vermieden wird. Es ist davon auszugehen, dass die Belange des Verkehrs durch die vorliegende Planung nicht erheblich negativ beeinträchtigt werden. Die Erschließung ist gewährleistet. Geschwindigkeitsreduktion etc. sind nicht Gegenstand der Bauleitplanung.</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 9
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Analog gilt dasselbe für die Stellplatzverordnung der LHS Saarbrücken : der Saarbrücker Stadtrat kann in wohlbegründeten Einzelfällen ein Abweichen von der geltenden Stellplatzverordnung jederzeit beschließen, wenn das damit verbundene höhere Ziel der Klimaschutz im Sinne des SKSG erreichbar wird.</p> <p>Ein dicht getakteter ÖPNV sowie bestehende Radweganbindung sind bereits vorhanden und machen den motorisierten Individualverkehr in diesem Bereich zweitrangig.</p> <p>Der VEP für die LHS Saarbrücken ist bei nächster Fortschreibung/Aktualisierung um diese Komponenten zeitnah zu erweitern.</p> <p>> Vorschlag für den Saarbrücker Stadtrat: Bausatzung / Bauvorschriften in Saarbrücken auf Klimaneutralität ausrichten</p> <p>Wir empfehlen dem Stadtrat, die Saarbrücker Bausatzung auf den aktuellen Stand des heute machbaren Niedrigenergie- bzw. Passivhaus-Standards zu bringen und eine entsprechende Bauleitplanung bei allen noch nicht von ihm beschlossenen Bauvorhaben und zukünftigen Bauvorhaben sicherzustellen.</p> <p>Eine Stadt, die jetzt bereits unter dem Klimawandel leidet, ist dafür verantwortlich, ihren Bürgern die ökologischen Lebensgrundlagen zu erhalten.</p> <p>Hier empfehlen wir eine Strategie der Stadt Saarbrücken zur Energieeinsparung und der CO2-Neutralität in der vorliegenden Bauplanung und auf Dauer in der Bausatzung im Stadtrat zu beschließen mit den Mitteln des Nachhaltigen Bauens (http://www.nachhaltigesbauen.de/) und der Green Building Technik (Link: https://industrieanzeiger.industrie.de/themen/industriebau/green-buildings-setzen-auf-nachhaltigkeit/)</p> <p>Fazit: Die Belange und Anforderungen des neuen SKSG, des Klimanotstandsbeschlusses von 2019 sowie der neuen NACHHALTIGKEITSSTRATEGIE der LHS Saarbrücken sind im vorliegenden BBP noch nicht ausreichend berücksichtigt.</p> <p>Wir befürworten daher das vorliegende Bebauungsverfahren zur Schaffung neuen, nachhaltig erstellten und klimafreundlich realisierten Wohnraums und der sinnvollen Nachverdichtung urbaner Räume vor dem Hintergrund der oben ausgeführten Ergänzungen und Auflagen.</p>	<p>Die Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 10
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
<p>Der BBP sowie folgende baurechtliche Festlegungen zum Plangebiet sind um die oben genannten Vorschläge zu ergänzen. Für Rückfragen stehen wir Ihnen sehr gerne zur Verfügung.“</p>		
<p>T03 BUNDESANSTALT FÜR IMMOBILIENAUFGABEN SPARTE VERWALTUNGSAUFGABEN</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>T04 BUNDESNETZAGENTUR FÜR ELEKTRIZITÄT, GAS TELEKOMMUNIKATION, POST UND EISENBAHN</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>T05 BUNDESPOLIZEIDIREKTION KOBLENZ</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>T06 CREOS DEUTSCHLAND GMBH PLANAKUNFT</p> <p><u>Schreiben vom 22.02.2024</u></p> <p>„die Creos Deutschland GmbH betreibt ein eigenes Gashochdruckleitungsnetz sowie ein eigenes Hoch- und Mittelspannungsnetz inklusive der zugehörigen Anlagen. Für folgende Leitungen bzw. Leitungsschnitte inklusive der zugehörigen Anlagen wurde die Creos Deutschland GmbH mit der Betreuung beauftragt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kokereigasleitungen der Zentralkokerei Saar GmbH (Z.K.S.) 		Kein Beschluss erforderlich

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 11
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<ul style="list-style-type: none"> • Sauerstoff- und Stickstoffleitungen im Saarland der Nippon Gases Deutschland GmbH • Biogasleitung Ramstein der Stadtwerke Ramstein-Miesenbach GmbH • Gashochdruckleitungen im Bereich Friedrichsthal der energis-Netzgesellschaft mbH • Gasleitungen der Villeroy & Boch AG in Mettlach • Gasleitungsabschnitt Speyer Südost (Anschlussleitung G+H) der Stadtwerke Speyer GmbH • Gasleitungsabschnitt Fischbach Neunkirchen der Iqony Energies GmbH • Gasleitungsabschnitt Erdgasanschluss Ford Saarlouis der Iqony Energies GmbH <p>Für diese Leitungen bzw. Leitungsabschnitte und Anlagen erfolgt die Planauskunft durch die Creos Deutschland GmbH.</p> <p>Zu Ihrer Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass im angefragten Bereich keine Anlagen der Creos Deutschland GmbH und keine der von uns betreuten Anlagen vorhanden sind.“</p>		
<p>T07 DEKANAT SAARBRÜCKEN DEKANATSREFERENT THOMAS EQUIT</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	Kein Beschluss erforderlich	
<p>T08 DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH TINL SÜDWEST, PTI 11</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	Kein Beschluss erforderlich	
<p>T09 DEUTSCHE BAHN AG DB IMMOBILIEN</p> <p><u>Schreiben vom 22.02.2024</u></p> <p>„Ca. 50 m links der Bahnlinie Saarbrücken - Hanweiler (Strecken Nr. 3251), km 1,5</p> <p>die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB InfraGO AG (Zusammenschluss aus DB Netz AG und DB Station & Service AG) bevollmächtigtes</p>	<p>Konsequenz: Änderungsbedarf. Aufnahme eines vorsorglichen Hinweises.</p> <p>Begründung:</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 12
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Stellungnahme zum o.g. Vorhabenbezogenen Bebauungsplan.</p> <p>Bitte beachten Sie:</p> <p>Ab 1. Januar 2024 wurden die DB Netz AG und die DB Station&Service AG in eine neue Gesellschaft zusammengeführt: die DB InfraGO AG.</p> <p>Die alten Firmenbezeichnungen (DB Netz AG / DB Station & Service AG) sind zum Jahreswechsel erloschen. Weitere Informationen finden Sie hier: http://www.dbinfrago.com/</p> <p>Gegen den o.g. Bebauungsplan bestehen bei Beachtung und Einhaltung der genannten Bedingungen/Auflagen und Hinweise aus Sicht der DB InfraGO AG keine Einwendungen.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen Emissionen entstehen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.</p> <p>In unmittelbarer Nähe unserer elektrifizierten Bahnstrecke oder Bahnstromleitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Es obliegt dem Bauherrn, für entsprechende Schutzvorkehrungen zu sorgen.</p> <p>Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen.</p> <p>Bei Wohnbauplanungen in der Nähe von lärmintensiven Verkehrswegen wird auf die Verpflichtung des kommunalen Planungsträgers hingewiesen, aktive (z.B. Errichtung Schallschutzwände) und passive (z.B. Riegelbebauung) Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und festzusetzen.</p> <p>Je weiter die Orientierungswerte der DIN 18005-1 überschritten werden, d.h. je stärker der Lärm das Wohnen beeinträchtigt, desto gewichtiger müssen die für die Wohnbauplanung sprechenden städtebaulichen Gründe sein und umso mehr hat die Gemeinde die baulichen und technischen Möglichkeiten auszuschöpfen, die ihr zu Gebote stehen, um diese Auswirkung zu verhindern.</p> <p>Wir bitten um Übernahme unseres Hinweises sowie um Beteiligung im weiteren Verlauf des Verfahrens. Die späteren Anträge auf Baugenehmigung für den Geltungsbereich sind uns erneut zur Stellungnahme</p>	<p>Seitens der Deutschen Bahn bestehen gegen den Bebauungsplan bei Beachtung und Einhaltung der genannten Bedingungen/Auflagen und Hinweise keine Einwendungen.</p> <p>Die Hinweise werden vorsorglich in den Bebauungsplan aufgenommen. Ein Lärmgutachten wurde erstellt, bei dem auch die Einwirkungen der benachbarten Bahnanlage eingeflossen sind.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt, wie dargelegt, folgende Hinweise in den Bebauungsplan aufzunehmen:</p> <p>„Die Deutsche Bahn AG weist darauf hin, dass durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen Emissionen entstehen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.</p> <p>In unmittelbarer Nähe der elektrifizierten Bahnstrecke oder Bahnstromleitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Es obliegt dem Bauherrn, für entsprechende Schutzvorkehrungen zu sorgen.</p> <p>Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen.“</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 13
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>vorzulegen. Wir behalten uns weitere Bedingungen und Auflagen vor.“</p>		
<p>T10 EISENBAHN-BUNDESAMT AUßENSTELLE FRANKFURT/SAARBRÜCKEN</p> <p><u>Schreiben vom 22.02.2024</u></p> <p>„Ihre E-Mail ist am 21.02.2024 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange. Das Plangebiet liegt in der Nähe der Eisenbahnstrecke Saarbrücken 3250 Saarbrücken Hbf - Homburg (Saar) Hbf (ca. in Höhe von Bahn-km 1,440 bis ca. Bahn-km 1,520) sowie der Eisenbahnstrecke 3251 Saarbrücken Hbf, W37 - Hanweiler Grenze (ca. in Höhe von Bahn-km 1,440 bis ca. Bahn-km 1,520). Mögliche Blendwirkungen beim Triebfahrzeugpersonal sowie die Verfälschung von Signalbildern sind während der Errichtung und des Betriebs von Photovoltaikanlagen gänzlich auszuschließen. Ich weise darauf hin, dass die Deutsche Bahn AG als Träger öffentlicher Planungen und aufgrund der Tatsache, dass sie in der Nähe der geplanten Maßnahme Betriebsanlagen einer Eisenbahn betreibt, zu beteiligen ist. Ansprechpartner bzw. Koordinationsstelle ist die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, Region Südwest, Gutschstr. 6, 76137 Karlsruhe.“</p>	<p>Konsequenz: Änderungsbedarf. Aufnahme eines vorsorglichen Hinweises.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Hinweise des Eisenbahn-Bundesamtes werden vorsorglich in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Die Deutsche Bahn AG wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung ebenfalls angehört.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt, wie dargelegt, folgende Hinweise in den Bebauungsplan aufzunehmen:</p> <p>„Das Plangebiet liegt in der Nähe der Eisenbahnstrecke Saarbrücken 3250 Saarbrücken Hbf - Homburg (Saar) Hbf (ca. in Höhe von Bahn-km 1,440 bis ca. Bahn-km 1,520) sowie der Eisenbahnstrecke 3251 Saarbrücken Hbf, W37 - Hanweiler Grenze (ca. in Höhe von Bahn-km 1,440 bis ca. Bahn-km 1,520). Mögliche Blendwirkungen beim Triebfahrzeugpersonal sowie die Verfälschung von Signalbildern sind während der Errichtung und des Betriebs von Photovoltaikanlagen gänzlich auszuschließen.“</p>	
<p>T11 ENERGIS-NETZGESELLSCHAFT MBH</p>		

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 14
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
<u>Schreiben vom 28.02.2024</u> „wir beziehen uns auf Ihre E-Mail vom 20.02.2024. Die energis-Netzgesellschaft mbH nimmt auch die Belange der energis GmbH wahr und beantwortet Ihre Anfrage wie folgt: Im genannten Bereich sind Versorgungseinrichtungen der energis-Netzgesellschaft mbH und der energis GmbH weder vorhanden noch geplant.“		Kein Beschluss erforderlich
T12 ENERGIE SAARLORLUX AG <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
T13 EV. KIRCHENKREIS SAAR-WEST KIRCHENKREIS SAAR-WEST <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
T14 IQONY ENERGIES GMBH VORMALS STEAG <u>Schreiben vom 20.02.2024</u> „die Iqony Energies GmbH ist von den genannten Planungen nicht betroffen, insbesondere sind in dem von Ihnen gekennzeichneten Planbereich keine Medienleitungen in unserem Zuständigkeitsbereich vorhanden. Die Verbindlichkeit dieser Auskunft hat eine Gültigkeit von einem Monat beginnend ab dem Datum der Zustellung.“		Kein Beschluss erforderlich
T15 EVS ENTSORGUNGSVERBAND SAAR <u>Schreiben vom 15.03.2024</u> „in dem von Ihnen angefragten Bereich befinden sich keine Sammler des EVS.		Kein Beschluss erforderlich

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 15
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
<p>Über mögliche Leitungsverläufe anderer oder der Kommune liegen uns keine Informationen vor. Wir weisen darauf hin, dass sich diese Auskunft ausschließlich auf den Verlauf der Sammler bezieht. Soweit weitergehende Informationen, z.B. zu Eigentums - oder Nutzungsangelegenheiten von oder an Grundstücken erforderlich sind, sind diese von den jeweils zuständigen Stellen beim EVS oder anderen betroffenen Stellen, wie z.B. Gemeinde, Grundbuchamt, Eigentümern einzuholen. Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.“</p>		
<p>T16 HANDWERKSKAMMER DES SAARLANDES</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>T17 IHK SAARLAND</p> <p><u>Schreiben vom 11.03.2024</u></p> <p>„der oben genannte Bebauungsplan soll die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umnutzung der ehemaligen Bruch-Brauerei (in Wohnnutzung ca. 80 bis 120 Wohneinheiten) in der Landeshauptstadt Saarbrücken / Stadtteil St. Johann schaffen. Da die Umgebung fast ausschließlich durch Wohnnutzung geprägt ist, würde eine gewerbliche oder industrielle Nachnutzung an dieser Stelle nicht konfliktfrei möglich sein. Demzufolge haben wir aus der Sicht der gewerblichen Wirtschaft gegen diese Planungsabsicht keine weiteren Anregungen und Bedenken vorzubringen.“</p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>T18 VODAFONE KABEL DEUTSCHLAND GMBH NETZINFRASTRUKTUR</p> <p><u>Schreiben vom 18.03.2024</u></p> <p>„wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 19.02.2024.“</p>		Kein Beschluss erforderlich

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 16
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht.</p> <p>In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objekt-konkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben.</p> <p>Weiterführende Dokumente: Kabelschutzanweisung Vodafone GmbH Kabelschutzanweisung Vodafone Deutschland GmbH Zeichenerklärung Vodafone GmbH Zeichenerklärung Vodafone Deutschland GmbH"</p>		
<p>T19 LANDESAMT FÜR UMWELT- UND ARBEITSSCHUTZ</p> <p><u>Schreiben vom 20.03.2024</u></p> <p>„zu der Aufstellung des o.g. Bebauungsplans im Stadtteil St. Johann nehmen wir wie folgt Stellung und bitten, die aufgeführten Hinweise und Anmerkungen zu berücksichtigen:</p> <p>Natur- und Artenschutz</p> <p>Der Standort liegt nicht im Bereich von Schutzgebieten im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG).</p> <p>Durch die Umsetzung des geplanten Bauvorhabens können besonders oder streng geschützte Arten gemäß § 44 BNatSchG betroffen werden. Unabhängig von den Ergebnissen der artenschutzfachlichen Gutachten wird seitens der unteren Naturschutzbehörde (UNB) im LUA empfohlen, im vorhandenen bzw. verbleibenden Baumbestand entsprechende Artenhilfsmaßnahmen (z.B. Nistkästen) zu installieren.</p>	<p>Konsequenz: Änderungsbedarf. Ergänzung der Ergebnisse des Umweltberichtes in den Bebauungsplanunterlagen. Ergänzung der nachrichtlichen Übernahme bzgl. der Lage im Wasserschutzgebiet. Aufnahme eines vorsorglichen Hinweises.</p> <p>Begründung:</p> <p>Natur- und Artenschutz</p> <p>Eine entsprechende Festsetzung zur Anbringung von Nisthilfen wird aufgrund der Ausführungen des Umweltberichts in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Der Umweltbericht wurde zwischenzeitlich fertiggestellt.</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 17
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Im Rahmen der Aufstellung des Bebauungsplanes sind Nachweise durch ein tierökologisches Gutachten zu führen, dass bei Umsetzung der Baumaßnahmen für besonders oder streng geschützte Tierarten im Sinne des § 7 BNatSchG nicht zu erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf diese Arten und ihre Lebensräume führt. Besonders zu beachten sind dabei die §§ 19 und 44 des BNatSchG. Des Weiteren sind die Vorgaben des allgemeinen Artenschutz gemäß § 39 BNatSchG zu berücksichtigen.</p> <p>Erforderliche Rodungen und Rückschnittmaßnahmen dürfen nur in dem dafür zulässigen Zeitfenster (gemäß § 39 BNatSchG) vom 01. Oktober bis 28./29. Februar des jeweiligen Jahres, realisiert werden.</p> <p>Als Schwerpunkt wird empfohlen, soweit wie möglich den vorhandenen Grünanteil (Gebüsch- und</p>	<p>Dieser ist zu folgendem Ergebnis gekommen:</p> <p>„Artenschutzrechtliche Verbotstatbestände sind bei der Fällung von Bäumen oder den Baumaßnahmen zu beachten. Entsprechende Vermeidungsmaßnahmen werden bauplanungsrechtlich festgesetzt. An den Bestandsgebäuden bestehen nachweislich keine Quartiere oder Quartierpotenziale für Fledermäuse. Die Brutmöglichkeiten für Gebäudebrüter sind aufgrund der intakten Fassaden gering und werden bzw. wurden nachweislich nur durch den Hausrotschwanz genutzt. Diese sind durch Nisthilfen in Form von Halbhöhlenkästen auszugleichen. Gleichzeitig wird empfohlen, auch für den Haussperling entsprechende Nistkästen anzubringen.</p> <p>Für die auf der Fläche registrierten Gehölzbrüter schließen die gesetzlichen Rodungsfristen ein Eintreten artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände aus, in Bezug auf die Fortpflanzungsstätten greift die Legalausnahme n. § 44 Abs. 5 Satz 1 Nr. 3. Hinweise auf die im Stadtgebiet von Saarbrücken häufige Mauereidechse ergaben sich im Zuge dreier Begehungen nicht. Ihr fehlen auf dem Gelände vor allem Versteck- und Überwinterungsmöglichkeiten.</p> <p>Weitere im Sinne der §§ 19 und 44 BNatSchG planungsrelevanten Arten sind auf der Fläche nicht zu erwarten.</p> <p>Da sich die geplante Bebauung nahezu vollständig auf das versiegelte Brauereigelände beschränkt und die bestehende Grünfläche als private Grünfläche mit Erhalt des Baumbestandes weiter gleichartig genutzt wird, ist ein externer Ausgleich i.S.d. der Eingriffsregelung nicht erforderlich.“</p> <p>Quelle: Umweltbericht zum B-Plan Nr. 136.20.00 „Bruch-Areal und Umfeld“; ARK Umweltplanung und -consulting, Saarbrücken; Stand: 21.08.2024)</p> <p>Auf die zwingende Beachtung der Rodungsfristen gemäß BNatSchG wird in dem Bebauungsplan bereits hingewiesen.</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 18
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Baumstrukturen) zu erhalten und geeignete Baumstandorte sowie strukturierte Grünflächen aufgrund der sehr großen Bedeutung für den Natur- und Artenschutz auszuweisen.</p> <p>Es wird zudem empfohlen, an bzw. in den Fassaden der Gebäude entsprechende Nisthilfen zu installieren und die Architekten rechtzeitig über die geplanten Maßnahmen zum Artenschutz an den Gebäuden zu informieren. Für eine detaillierte Beratung im Themenkomplex „Artenschutzmaßnahmen am Gebäude“ steht die untere Naturschutzbehörde im LUA gern zur Verfügung.</p> <p>Sofern alle naturschutz- und artenschutzrelevanten Maßnahmen entsprechend im Bebauungsplan dargestellt und verbindlich festgesetzt werden, sind aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu dem projektierten Vorhaben keine weiteren Anmerkungen erforderlich.</p> <p>Gebiets- und anlagenbezogener Grundwasserschutz</p> <p>Der Planbereich befindet sich innerhalb der Schutzzone III des mit Verordnung vom 28.12.1993 und 24.03.1994 festgesetzten Trinkwasserschutzgebietes “Saarbrücken/ Scheidter Tal“ (C 30), zu Gunsten der Stadtwerke Saarbrücken sowie innerhalb eines gemäß LEP Umwelt ausgewiesenen Vorranggebietes für Grundwasserschutz. Gemäß Grundwassermodell des Saarlandes liegt der rechnerische Wert des Flurabstandes im Planbereich bei ca. 10 bis 15 m.</p>	<p>Die im rückwärtigen Bereich des Bruch-Areals (WA 2) bestehenden Grünflächen werden ebenso wie auch die privaten Grünflächen (Gärten) im Bereich der Allgemeinen Wohngebiete WA 1 und WA 3 im Bestand gesichert entsprechend festgesetzt. Darüber hinaus wurden verschiedene grünordnerische Festsetzungen getroffen, wodurch die Entwicklung ökologisch hochwertiger Pflanzungen mit Mehrwert für das Landschafts- und Stadtbild erzielt und der Eingriff in die Natur und Landschaft reduziert wird. Die Satzung über die Gestaltung von Freiflächen, Stellplatzflächen sowie Flachdach- und Fassadenflächen in der Landeshauptstadt Saarbrücken (Begrünungssatzung BGrüS) ist zu beachten. Die entsprechenden Vorgaben wurden in den Bebauungsplan übernommen. Zum Schutz der Bäume gilt die Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Saarbrücken.</p> <p>Eine entsprechende Festsetzung zur Anbringung von Nisthilfen wird aufgrund der Ausführungen des Umweltberichts in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Gebiets- und anlagenbezogener Grundwasserschutz</p> <p>Die Lage innerhalb des Wasserschutzgebiets „WSG Saarbrücken / Scheidter Tal“ (Schutzzone III) ist bereits nachrichtlich in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Die diesbezüglichen Anmerkungen des LUA werden ergänzt.</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 19
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Der Planbereich liegt zudem innerhalb des potentiellen Einzugsbereichs des nach Wasserversicherungsgesetz (WasSiG) ausgewiesenen Trinkwassernotbrunnens mit der LUA-Kenn-Nummer 01453.</p> <p>Durch die beabsichtigte Nutzung, die Erdarbeiten und Bebauung können Verbotsbestimmungen der geltenden Wasserschutzgebietsverordnung berührt werden, die dann einer Befreiung gem. § 52 Abs. 1 WHG bedürfen.</p> <p>In der Schutzzone III des betroffenen Wasserschutzgebiets sind u.a. gemäß § 3 der Wasserschutzgebietsverordnung folgende ggf. betroffene Verbotstatbestände aufgeführt:</p> <p>5. Betriebe mit Verwendung oder Abstoß radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe; 9. Lagern radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe, ausgenommen Lagern von Heizöl für den Hausgebrauch und von Dieselöl für landwirtschaftlichen Betrieb, wenn die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Bau, Antransport, Füllung, Lagerung und Betrieb getroffen und eingehalten werden; 10. Wohnsiedlungen, Krankenhäuser, Heilstätten und Gewerbebetriebe, wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III hinausgeleitet wird; 18. Erdaufschlüsse, durch die die Deckschichten wesentlich vermindert werden, vor allem wenn das Grundwasser ständig oder zu Zeiten hoher Grundwasserstände aufgedeckt oder eine schlecht reinigende Schicht freigelegt wird und keine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers vorgenommen werden kann; 21. Verwendung von wassergefährdenden auswasch- oder auslaugbaren Materialien zum Straßen-, Wege- und Wasserbau.</p> <p>Grundsätzlich sind in Vorranggebieten für den Grundwasserschutz Eingriffe in die Deckschichten zu vermeiden. Diese sind im Rahmen der geplanten Maßnahmen aber erforderlich und nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser können vorab nicht ausgeschlossen werden.</p> <p>Im Rahmen der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB und des zu erstellenden Umweltberichts ist daher nachzuweisen, dass das Grundwasser durch die im Rahmen der Bauleitplanung geplanten Maßnahmen weder qualitativ noch quantitativ beein-</p>	<p>Der Umweltbericht wurde zwischenzeitlich fertiggestellt.</p> <p>In diesem wurde auch auf die Thematik des Grundwasserschutzes eingegangen, sowie eine vorsorgliche Maßnahme zum Grundwasserschutz getroffen, welche in den Bebauungsplan aufgenommen wird.</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 20
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>trächtigt wird. Es ist sicherzustellen, dass eine Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung nicht eintritt und der Schutzzweck des Wasserschutzgebiets nicht gefährdet wird.</p> <p>Diesbezüglich ist neben den oben benannten Verbotstatbeständen insbesondere auf folgende Aspekte einzugehen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ausführungen zur Erforderlichkeit der Bau- und Infrastrukturmaßnahmen sowie der Nachweis, dass keine vertretbaren Standortalternativen bestehen; 2. Auswirkungen der Eingriffe in die Deckschichten; 3. Auswirkungen der Planungen auf die Grundwasserneubildung, z.B. durch Versiegelung; 4. Beschreibung geplanter Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung möglicher Auswirkungen auf das Schutzgut Grundwasser im Rahmen der Bauphase; 5. Aussagen zur Siedlungsentwässerung, insbesondere zur Abwasserbeseitigung (siehe u.a. DWA A 142) und zur Niederschlagswasserbehandlung; 6. Aussagen zum möglichen Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Lagerung, Verwendung); 7. Sicherung der ehemaligen Brunnen der Bruch Brauerei. <p>Des Weiteren sei auf folgende Aspekte hingewiesen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Weitere Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind nicht erlaubnisfähig. Die Erlaubnisfähigkeit von Erdwärmekollektoren ist im Einzelfall zu prüfen. 2. Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das die Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung einhält. 3. Die Versickerung der anfallenden Niederschlagswässer darf nur außerhalb von Altlasten bzw. Altlastverdachtsflächen flächenhaft über die natürliche oder über eine mindestens 30 cm mächtige belebte Bodenzone erfolgen. 4. Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 	<p>Die Anmerkungen des LUA werden in der nachrichtlichen Übernahme ergänzt.</p>
--	---

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 21
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz - SWG).</p> <p>Bodenschutz</p> <p>Das Gelände der ehemaligen Brauerei wurde nach Stilllegung als altlastverdächtige Fläche in das Kataster für Altlasten und altlastverdächtige Flächen unter der Kennziffer SB_ 407 aufgenommen.</p> <p>In der Begründung zum Bauleitplan wird der Altlastverdacht in ausreichendem Maße berücksichtigt: Der Altlastverdacht soll im Vorfeld der Realisierung der geplanten Nutzung durch einen gem. § 18 BBodSchG zugelassenen Sachverständigen ausgeräumt werden. Gegebenenfalls sind Sanierungs- oder Sicherungsmaßnahmen durchzuführen. Das Gutachten ist dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz vor Baubeginn vorzulegen.</p> <p>Der zugelassene Sachverständige hat darüber hinaus sicherzustellen, dass die geplante Versickerung schadlos möglich ist und eine Verlagerung von Schadstoffen schon im Vorfeld der Maßnahme ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Das geplante Vorhaben wird in der Begründung zum Bauleitplan an die bedingte Zulässigkeit gem. § 9 Abs. 2 BauGB geknüpft. Demnach ist die Zulässigkeit der geplanten Bauvorhaben so lange eingeschränkt, bis gutachterlich durch den genannten zugelassenen Sachverständigen der Verdacht schädlicher Bodenveränderungen ausgeräumt werden konnte oder durch bodenschutzrechtliche Maßnahmen eine Gefährdung der geplanten Wohnnutzung in Verbindung mit der Versickerung von Niederschlägen ausgeschlossen werden konnte.</p> <p>Lärm-Immissionsschutz</p> <p>Dem Entwurf des Bebauungsplans ist eine schalltechnische Untersuchung der SGS-TÜV Saar GmbH beigelegt. Es wurde der Straßen- und Schienenverkehr und der Parkverkehr untersucht.</p>	<p>Bodenschutz</p> <p>Das Gelände der ehemaligen Brauerei wurde nach Stilllegung als altlastverdächtige Fläche in das Kataster für Altlasten und altlastverdächtige Flächen unter der Kennziffer SB_ 407 aufgenommen.</p> <p>Gemäß Stellungnahme des LUA wird der Altlastverdacht in dem Bebauungsplan in ausreichendem Maße berücksichtigt.</p> <p>Die Festsetzung bzgl. der bedingten Zulässigkeit wird gemäß der Stellungnahme des LUA ergänzt.</p> <p>Lärm-Immissionsschutz</p>
---	---

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 22
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>Im Ergebnis der Untersuchung wurden teils erhebliche Überschreitungen durch den Straßenverkehr ermittelt.</p> <p>Im Gutachten wurden passive Schallschutzmaßnahmen aufgrund der Lärmbelastung durch den Straßenverkehr festgesetzt. Diese wurden in die textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans übernommen.</p> <p>Aus Sicht des Lärmschutzes sind durch die Planung wie vorgelegt keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Es sind keine weiteren Anmerkungen erforderlich.</p> <p>Abschließend ist zu erwähnen, dass bezüglich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB darüber hinaus unsererseits keine weiteren Anforderungen gestellt werden.</p> <p>Im weiteren Planverlauf (§ 4 Abs. 2 BauGB) ist eine Beteiligung unseres Hauses erforderlich.“</p>	<p>Aus Sicht des Lärmschutzes sind durch die Planung keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. Seitens des LUA bestehen daher keine weiteren Anmerkungen erforderlich.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt, wie dargelegt, die Inhalte und Ergebnisse des Umweltberichts in den Bebauungsplan-Unterlagen zu ergänzen und entsprechende Vermeidungsmaßnahmen gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB aufzunehmen.</p> <p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt weiterhin, wie dargelegt, die nachrichtliche Übernahme gem. § 9 Abs. 6 BauGB bzgl. des Wasserschutzgebietes wie folgt zu ergänzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lage im Wasserschutzgebiet „WSG Saarbrücken / Scheidter Tal“ (Schutzzone III). Die entsprechenden Richtlinien und Auflagen sind zu beachten. • Gemäß Grundwassermodell des Saarlandes liegt der rechnerische Wert des Flurabstandes im Planbereich bei ca. 10 bis 15 m. • Der Planbereich liegt zudem innerhalb des potentiellen Einzugsbereichs des nach Wassersicherstellungsgesetz (WasSiG) ausgewiesenen Trinkwassernotbrunnens mit der LUA-Kenn-Nummer 01453. • Durch die beabsichtigte Nutzung, die Erdarbeiten und Bebauung können Verbotsbestimmungen der geltenden Wasserschutzgebietsverordnung berührt werden, die dann einer Befreiung gem. § 52 Abs. 1 WHG bedürfen. • Grundsätzlich sind in Vorranggebieten für den Grundwasserschutz Eingriffe in die
---	---

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 23
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
		<p>Deckschichten zu vermeiden. Es ist sicherzustellen, dass eine Beeinträchtigung der Trinkwasserversorgung nicht eintritt und der Schutzzweck des Wasserschutzgebiets nicht gefährdet wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weitere Brunnenbohrungen sowie Erdwärmesonden sind nicht erlaubnisfähig. Die Erlaubnisfähigkeit von Erdwärmekollektoren ist im Einzelfall zu prüfen. • Für die Ausführung vorgesehener Sauberkeits-, Trag- oder Dränschichten, für die Verfüllung von Arbeitsräumen (Kanalgräben, Baugruben usw.) sowie für den Unter- und Oberbau von Verkehrs- und Parkflächen darf nur Material verwendet werden, das keine auslaugbaren wassergefährdenden Bestandteile enthält (geeignetes Naturmaterial) bzw. Material, das die Vorgaben der Ersatzbaustoffverordnung einhält. • Die Versickerung der anfallenden Niederschlagswässer darf nur außerhalb von Altlasten bzw. Altlastverdachtsflächen flächenhaft über die natürliche oder über eine mindestens 30 cm mächtige belebte Bodenzone erfolgen. • Sofern eine Gründung von Bauwerken mittels Bohrpfählen erfolgen sollte und diese in den Grundwasserhorizont reichen, stellt die Maßnahme einen Benutzungstatbestand im Sinne des § 9 Abs. 1 Nr. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) dar, der gemäß § 8 Abs. 1 WHG der Erlaubnis nach § 10 WHG bedarf. • Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist das Ministerium für Umwelt, Klima, Mobilität, Agrar und Verbraucherschutz als oberste Wasserbehörde (§ 103 Abs. 2 Nr. 1 Saarländisches Wassergesetz - SWG)." <p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt zudem, wie dargelegt, die Festsetzung bzgl. der bedingten Zulässigkeit im Bereich der Altlastverdachtsfläche gem. § 9 Abs. 2 BauGB wie folgt zu ergänzen:</p> <p>„Im Bereich der Altlastverdachtsfläche sind die Vorhaben und Nutzungen gem. § 9 Abs. 2 BauGB erst nach Durchführung einer Altlastgefährdungsabschätzung oder nach Abschluss einer Bodensanierungsmaßnahme zulässig, wenn eine Gefährdung empfindlicher Nutzun-</p>

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 24
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
	gen auszuschließen ist oder der Verdacht gutachterlich durch einen nach § 18 Bundes-Bodenschutzgesetz zugelassenen Sachverständigen ausgeräumt ist oder durch bodenschutzrechtliche Maßnahmen eine Gefährdung der geplanten Wohnnutzung in Verbindung mit der Versickerung von Niederschlägen ausgeschlossen werden kann. Hierzu sind Tiefbaumaßnahmen durch einen Sachverständigen gem. § 18 Bundes-Bodenschutzgesetz, Sachgebiete 2 - 5 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen für den Bodenschutz und die Altlastenbehandlung im Saarland / VSU in der derzeit gültigen Fassung (s. www.resymesa.de) zu begleiten. Gemäß § 4 Abs. 4 Bundes-Bodenschutzgesetz ist die planungsrechtlich zulässige Nutzung durch den v. g. Sachverständigen nachzuweisen. Ein entsprechendes Gutachten ist dem Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (LUA) vorzulegen. Das LUA erteilt die Freigabe."	
T20 LANDESBETRIEB FÜR STRAßENBAU <u>Schreiben vom 04.03.2024</u> „gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen keine Bedenken.“	Kein Beschluss erforderlich	
T21 LANDESAMT FÜR VERMESSUNG, GEOINFORMATION UND LANDENTWICKLUNG <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>	Kein Beschluss erforderlich	
T22 LANDESPOLIZEIPRÄSIDIUM DIR. LPP1_KAMPFMITTELRÄUMDIENST <u>Schreiben vom 24.02.2024</u> „mit Ablauf Juni 2022 wurde die staatliche Luftbildauswertung beim Kampfmittelbeseitigungsdienst des Saarlandes eingestellt.	Konsequenz: Kein Änderungsbedarf. Begründung: Seit dem 30.06.2022 erfolgen in Bebauungsverfahren keine Bewertungen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes mehr zur Gefahr von Bauvorhaben durch Vorhandensein von	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 25
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Es werden von hiesiger Stelle keine Anfragen zu Luftbildauswertungen bzw. damit verbundener Anfragen zu einer Kampfmittelbelastung mehr bearbeitet. Somit entfällt auch eine Stellungnahme im Rahmen „Träger öffentlicher Belange“.</p> <p>Anfragen oder Anträge für eine Luftbildauswertung müssen künftig bei entsprechenden Fachfirmen beantragt werden. Diese Anfragen sind kostenpflichtig.</p> <p>Eine Liste von Fachfirmen ist diesem Schreiben als Anlage beigefügt.“</p>	<p>Kampfmitteln / Munitionsfunden. Dies ist im Zuge der weiteren Detailplanung eigenverantwortlich bei der Fachbehörde anzufragen oder eine Klärung durch eine zu beauftragende Fachfirma herbeizuführen.</p> <p>Ein vorsorglicher Hinweis ist im Bebauungsplan enthalten.</p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T23 LANDWIRTSCHAFTSKAMMER FÜR DAS SAARLAND</p> <p><u>Schreiben vom 18.03.2024</u></p> <p>„zum derzeitigen Planungsstand werden gegen den vorliegenden Bebauungsplan keine Bedenken vorgebracht.“</p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T24 LANDESDENKMALAMT</p> <p><u>Schreiben vom 18.03.2024</u></p> <p>„zu der vorliegenden Planung nimmt das Landesdenkmalamt wie folgt Stellung. Rechtsgrundlage ist das Gesetz Nr. 1946 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzes und der saarländischen Denkmalpflege (Saarländisches Denkmalschutzgesetz - SDSchG) vom 13. Juni 2018 (Amtsblatt des Saarlandes Teil I vom 5. Juli 2018, S 358 ff.). Die Belange der Baudenkmalpflege betreffen den Umgebungsschutz des Einzeldenkmals „Gustav-Bruch-Straße 24“, daher wenden Sie sich bitte noch vor Maßnahmenbeginn an den zuständigen Gebietsreferenten im Landesdenkmalamt, Herr Dipl.-Ing. Markus Braun (Tel.: 0681/501-2450, E-Mail: m.braun@denkmal.saarland.de). Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht von Bodenfunden (§ 16 Abs. 1 SDSchG) und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 2 SDSchG) wird hingewiesen.</p>	<p>Konsequenz: Änderungsbedarf. Ergänzung des Hinweises bzgl. „Denkmäler“.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das besagte Denkmal befindet sich nördlich des Plangebietes, im Bereich der Gustav-Bruch-Straße. Der Hinweis wird jedoch vorsorglich an den Vorhabenträger weitergegeben.</p> <p>Ein entsprechender vorsorglicher Hinweis ist bereits in dem Bebauungsplan enthalten und wird um den Verweis auf den Umgebungsschutz ergänzt.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 26
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
<p>Auf § 28 SDSchG (Ordnungswidrigkeiten) sei an dieser Stelle hingewiesen."</p>		<p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt, wie dargelegt, den Hinweis bzgl. Denkmäler wie folgt zu ergänzen:</p> <p>„Denkmäler Baudenkmäler und Bodendenkmäler sind nach heutigem Kenntnisstand von der Planung nicht betroffen. Auf die Anzeigepflicht von Bodenfund und das Veränderungsverbot (§ 16 Abs. 1 und 2 SDSchG) wird hingewiesen. Zudem wird auf § 28 SDSchG (Ordnungswidrigkeiten) hingewiesen.</p> <p>Die Belange der Baudenkmalpflege betreffen den Umgebungsschutz des Einzeldenkmals „Gustav-Bruch-Straße 24“."</p>
<p>T25 MINISTERIUM DER JUSTIZ</p> <p><u>Schreiben vom 23.02.2024</u></p> <p>„in Erledigung der o.g. Maßnahme erstatte ich für das Ministerium der Justiz Fehlanzeige.“</p>		<p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>T26 MINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR WIRTSCHAFT</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		<p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>T27 MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, FRAUEN UND GESUNDHEIT</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		<p>Kein Beschluss erforderlich</p>
<p>T28 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT OBERSTE LANDESBAUBEHÖRDE OBB 1 REFERAT OBB 11, LANDESPLANUNG, BAULEITPLANUNG</p> <p><u>Schreiben vom 21.03.2024</u></p>		<p>Konsequenz: Änderungsbedarf.</p>

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 27
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>„der Planung im Sinne Ihrer o.a. Vorlage stehen landesplanerische Ziele nicht entgegen. Allerdings liegt der in Rede stehende Bereich entgegen den Ausführungen in der Begründung innerhalb eines landesplanerisch gemäß LEP „Umwelt“ festgelegten Vorranggebietes für Grundwasserschutz (VW). Die Begründung ist entsprechend im weiteren Verfahren hinsichtlich dieser Thematik und den daraus resultierenden Konsequenzen für die Planung zu ergänzen.“</p>	<p>Ergänzung der Begründung hinsichtlich Aussagen zur Lage innerhalb eines festgelegten Vorranggebietes für Grundwasserschutz (VW).</p> <p>Begründung: Landesplanerische Ziele stehen dem Vorhaben nicht entgegen.</p> <p>Die Begründung wird gemäß den Anmerkungen der Landesplanung entsprechend ergänzt.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt, wie dargelegt, die Begründung zum Bebauungsplan hinsichtlich Aussagen zur Lage innerhalb eines festgelegten Vorranggebietes für Grundwasserschutz (VW) zu ergänzen.</p>	
<p>T28 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT OBB 2-LIEGENSCHAFTEN</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T28 MINISTERIUM FÜR INNERES, BAUEN UND SPORT OBERSTE LANDESBAUBEHÖRDE OBB 1 REFERAT OBB14 - STADTENTWICKLUNG, STÄDTEBAUFÖRDERUNG, EU-FONDS</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T29 MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INNOVATION, DIGITALES UND ENERGIE REFERAT E/1</p> <p><u>Schreiben vom 18.03.2024</u></p> <p>„zum im Betreff angeführtem Planverfahren äußern sich die Fachreferate des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitales und Energie wie folgt:</p>	<p>Konsequenz: Kein Änderungsbedarf.</p> <p>Begründung:</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 28
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	

<p>Grundsatzfragen der Energiepolitik</p> <p>Zur Umsetzung landesweiter und bundesweiter Ziele in Bezug auf die Energiewende, der damit verbundenen Verringerung des Energiebedarfs und der ressourcenschonenden Erzeugung von Energie, wird wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Die im Vorhaben gegebene Festsetzung zur Nutzung solarer Energie auf mind. 50 Prozent der Dachflächen ist aus energiepolitischer Sicht sehr zu begrüßen.</p> <p>Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass auf kommunaler Ebene weitere Möglichkeiten bestehen, eine Beeinträchtigung der Umwelt zu minimieren.</p> <p>Um städtebauliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Energiebereich, insbesondere auf die bestehenden und zu erwartenden Änderungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) und des Energieeffizienzgesetzes (EnEfD) mit Hinblick auf die Wärmeplanung, zu ermöglichen, sollte bei der Entwicklung neuer Quartiere bzw. Baugebiete die Minimierung des Wärmebedarfs und die möglichst dezentrale, CO2-neutrale Energieerzeugung in die Planung mit einfließen.</p> <p>Hinweis zu kommunalen Aufgaben im Bereich der Energieversorgung</p> <p>Bei der Aufstellung von Bauleitplänen sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien sowie die sparsame und effiziente Nutzung von Energie zu berücksichtigen (vgl. § 1 Abs. 6 Nr. 7 lit. BauGB). In diesem Sinne ist neben der grundsätzlich zu gewährleistenden Versorgungssicherheit innerhalb der räumlichen Verantwortung die Struktur der Energieversorgung auch im Hinblick auf die möglichen Auswirkungen auf den Klimawandel zu optimieren.</p> <p>Zu den allgemeinen Grundsätzen und Zielen der Bauleitplanung im Bereich der Energieversorgung, welche im Sinne der Nachhaltigkeit auch festgesetzt werden können (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 lit. b BauGB), zählen insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Erhöhung der Energieeffizienz bei der Herstellung von Energie und durch Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Energieeinsparung - die Verbesserung bzw. Schaffung der Voraussetzungen für den Einsatz regenerativer Energien - die bedarfsgerechte Bereitstellung von Flächen für Erzeugungsanlagen und Betriebe zur Erzeugung von Energie (Versorgungsflächen für die Erzeugung, Verteilung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren 	<p>Grundsatzfragen der Energiepolitik</p> <p>Die Festsetzung zur Nutzung solarer Energie auf mind. 50 Prozent der Dachflächen wird aus energiepolitischer Sicht explizit begrüßt.</p> <p>Ladestationen für E-Bikes und Elektrofahrzeuge zulässig sind innerhalb des Plangebietes zulässig.</p>
--	---

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 29
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>Energien oder Kraft-Wärme-Kopplung; vgl. § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB) - die verbrauchernahe Energiebereitstellung bei der Planung und Errichtung neuer Standorte. Zudem können im Bebauungsplan gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB aus städtebaulichen Gründen auch Flächen für Ladeinfrastruktur elektrisch betriebener Fahrzeuge festgesetzt werden.</p> <p>Energiewirtschaft, Montanindustrie Soweit noch nicht geschehen, wird darum gebeten, das Verfahren auch mit dem Oberbergamt des Saarlandes abzustimmen."</p>	<p>Energiewirtschaft, Montanindustrie</p> <p>Das Oberbergamt wurde im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung ebenfalls angehört.</p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T30 MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA, MOBILITÄT, AGRAR UND VERBRAUCHERSCHUTZ ABTEILUNG D - NATURSCHUTZ, FORSTEN</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T30 MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA, MOBILITÄT, AGRAR UND VERBRAUCHERSCHUTZ ABTEILUNG F - MOBILITÄT</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T31 MINISTERIUM FÜR BILDUNG UND KULTUR</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T32 NABU, NATURSCHUTZBUND DEUTSCHLAND LANDESVERBAND SAARLAND E. V.</p>		

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 30
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p><u>Schreiben vom 04.03.2024</u></p> <p>„der NABU Saarland e. V. bedankt sich für die Beteiligung an o. g. Verfahren und erhebt keine grundsätzlichen Einwände. Aus naturschutzfachlicher Sicht möchten wir jedoch darauf hinweisen, dass bestehende Bäume unbedingt erhalten bleiben müssen (insbesondere die Allee entlang der Scheidter Straße) und Nistmöglichkeiten für Gebäudebrüter (Mauersegler und Haussperlinge) an Neubauten zu schaffen sind.“</p>	<p>Konsequenz: Änderungsbedarf. Aufnahme eines vorsorglichen Hinweises.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die bestehenden Alleebäume entlang der Scheidter Straße sind zu erhalten und zu pflegen und bei Abgang zu ersetzen. Dies ist entsprechend im Bebauungsplan festgesetzt. Zudem ist die Baumschutzsatzung der Landeshauptstadt Saarbrücken zu beachten.</p> <p>Das LUA hat ebenfalls empfohlen, Artenhilfsmaßnahmen (z.B. Nistkästen) zu installieren. Eine entsprechende Festsetzung zur Anbringung von Nisthilfen wird aufgrund der Ausführungen des Umweltberichts in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt, wie dargelegt, die Inhalte und Ergebnisse des Umweltberichts in den Bebauungsplan-Unterlagen zu ergänzen und entsprechende Vermeidungsmaßnahmen (u. a. zur Anbringung von Nisthilfen) gem. § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB aufzunehmen.</p>	
<p>T33 OBERBERGAMT DES SAARLANDES</p> <p><u>Schreiben vom 19.03.2024</u></p> <p>„nach Prüfung der Angelegenheit teilen wir Ihnen mit, dass gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 136.20.00 „Bruch-Areal und Umfeld" in der Landeshauptstadt Saarbrücken aus bergbaulicher Sicht keine Bedenken bestehen.“</p>	<p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T34 REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN FACHBEREICH 3 FD 60 REGIONALENTWICKLUNG UND PLANUNG</p> <p><u>Schreiben vom 11.03.2024</u></p>	<p>Konsequenz:</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 31
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>„mit der E-Mail vom 19.02.2024 haben Sie den Regionalverband Saarbrücken als Träger der Flächennutzungs- und Landschaftsplanung im Rahmen der Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes um Stellungnahme gebeten.</p> <p>Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes stellt der rechtswirksame Flächennutzungsplan des Regionalverbandes Saarbrücken derzeit „Wohnbaufläche“ sowie „Gemischte Baufläche“ (etwa 0,7 ha) dar. Somit ist die im künftigen Bebauungsplan vorgesehene Nutzung nicht vollständig aus den Darstellungen des Flächennutzungsplanes entwickelt. Der Bebauungsplan kann somit entgegen § 8 Abs. 2 BauGB nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden. Aus diesem Grund hat die Landeshauptstadt Saarbrücken mit Schreiben vom 07.02.2024 beantragt, den Flächennutzungsplan des Regionalverbandes Saarbrücken entsprechend parallel zu ändern. Das FNP-Teiländerungsverfahren wird derzeit vorbereitet/durchgeführt und ist noch nicht abgeschlossen, weshalb zu diesem Zeitpunkt noch keine weitergehenden Aussagen zum Ergebnis des Verfahrens getroffen werden können.</p> <p>Ziele des Landschaftsplanes des Regionalverbandes stehen der Planungsabsicht nicht entgegen. Ich bitte um jeweilige Zusendung weiterführender Ergebnisse des laufenden Bebauungsplanverfahrens, die im parallelen Änderungsverfahren des Flächennutzungsplanes von Interesse sind.“</p>	<p>Kein Änderungsbedarf.</p> <p>Begründung:</p> <p>Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 8 Abs. 3 BauGB im Parallelverfahren durch den Regionalverband Saarbrücken geändert. Ein entsprechender Antrag wurde seitens der Landeshauptstadt bereits gestellt.</p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>	
<p>T35 REGIONALVERBAND SAARBRÜCKEN GESUNDHEITSAMT</p> <p><u>Schreiben vom 23.02.2024</u></p> <p>„Nach Durchsicht der uns vorgelegten Unterlagen, bestehen keine Bedenken gegen das geplante Bauvorhaben.</p> <p>Wir weisen in diesem Zusammenhang auf die Einhaltung der Vorgaben der Trinkwasserverordnung, sowie der entsprechenden technischen Regelwerke hin (siehe Anlage).</p> <p>Für alle Belange bezüglich lebensmittelrechtlicher Vorgaben zeichnet das Landesamt für Verbraucherschutz verantwortlich.“</p>	<p>Konsequenz: Änderungsbedarf. Aufnahme eines vorsorglichen Hinweises.</p> <p>Begründung: Der Hinweis wird vorsorglich in den Bebauungsplan aufgenommen.</p> <p>Beschlussvorschlag:</p> <p>Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt, wie dargelegt, folgenden Hinweis in den Bebauungsplan aufzunehmen:</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 32
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
		„Auf die Einhaltung der Vorgaben der Trinkwasserordnung, sowie der entsprechenden technischen Regelwerke wird seitens des Gesundheitsamtes hingewiesen.“
T36 SAARBAHN SAAR GMBH <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
T37 SAARFORST LANDESBETRIEB <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
T38 STADTWERKE SAARBRÜCKEN - NETZ SAARBRÜCKEN <u>Schreiben vom 06.03.2024</u> „gegen o.a. Bebauungsplan haben wir grundsätzlich keine Bedenken. Im Gehweg liegen eine Gasversorgungsleitung DN 150, eine Wasserversorgungsleitung DN 150 sowie eine Hauptwasserleitung DN 300. Zudem werden auch noch weitere Häuser mit Gas und Wasser versorgt. Schutzzonen und Sicherheitsabstände sind einzuhalten. Anstehende Erneuerungsmaßnahmen der Elektroversorgungsleitungen sind im gesamten Gebiet geplant. Die Ausführung erfolgt in mehreren Bauabschnitten im Zeitraum zwischen dem Ende des ersten Quartals 2024 bis Ende 2025. Wir weisen darauf hin, dass alle im BSP-Gebiet befindlichen Versorgungsanlagen jederzeit frei zugänglich und die Trassen mit Baustellenfahrzeugen befahrbar sein müssen. Ein Überbauen mit Gebäuden oder befestigten Oberflächen sowie die Bepflanzung von Bäumen und Buschwerk sind unzulässig.“		Konsequenz: Änderungsbedarf. Zeichnerische und textliche Aufnahme der Leitungen inkl. Schutzstreifen in die B-Plan-Unterlagen. Begründung: Gemäß Stellungnahme der Stadtwerke Saarbrücken befinden sich innerhalb des Plangebietes Leitungen des Unternehmens. Diese verlaufen in erster Linie im Bereich der öffentlichen Straßenverkehrsfläche. Die Leitungen werden daher inkl. ihres Schutzstreifens vorsorglich in den Bebauungsplan aufgenommen. Beschlussvorschlag: Der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken beschließt, wie dargelegt, die Leitungen der Stadtwerke Saarbrücken zeichnerisch und textlich gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB in den Bebauungsplan aufzunehmen.

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann		Seite 33
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -			
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024	
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:	
		<p>Weiterhin beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken, wie dargelegt, die Schutzstreifen der Leitungen zeichnerisch und textlich gem. § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB wie folgt in den Bebauungsplan aufzunehmen:</p> <p>„Siehe Plan. Die Versorgungsanlagen müssen jederzeit frei zugänglich und die Trassen mit Baustellenfahrzeugen befahrbar sein. Ein Überbauen mit Gebäuden oder befestigten Oberflächen ist unzulässig. Das Anpflanzen von Bäumen und Buschwerk ist nur in Absprache mit den Leitungsträger zulässig.“</p>	
T39 UNIVERSITÄT DES SAARLANDES <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich	
T40 VSE VERTEILNETZ GMBH <u>Schreiben vom 12.03.2024</u> „gegen die Aufstellung des o. g. Bebauungsplanes bestehen unsererseits keine Bedenken, da sich innerhalb des Geltungsbereichs keine von uns betriebenen Versorgungsanlagen befinden. Für weitere Fragen steht Ihnen Herr Stefan Hoffmann gerne zur Verfügung.“		Kein Beschluss erforderlich	
T41 WASSER- UND SCHIFFFAHRTSAMT <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich	
T42 DEUTSCHE GLASFASER UNTERNEHMENSGRUPPE <u>Schreiben vom 20.02.2024</u>		Kein Beschluss erforderlich	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 34
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:	Ergebnis der Überprüfung:	
<p>„im angefragtem Bereich: Scheidter Straße 46, 66123 Saarbrücken befinden sich aktuell keine Versorgungseinrichtungen der Deutschen Glasfaser Netz Operating. Die Aktualität der beiliegenden Bestands- und Übersichtspläne kann nur für die folgenden 20 Arbeitstage garantiert werden. Für zukünftige Anforderungen von Planauskünften steht Ihnen auch unser Kontaktformular unter: https://www.deutsche-glasfaser.de/unternehmen/kontakt/planauskunft/ zur Verfügung. Für Ihre Anfrage bedanken wir uns und verbleiben „Sind Trassenverlegungen notwendig, benötigt Deutsche Glasfaser mindestens 8 Wochen Vorlaufzeit.““</p> <p><u>Schreiben vom 28.02.2024</u></p> <p>„Vielen Dank für Ihre Anfrage Planauskünfte können ab sofort in unserer Online-Planauskunft selbständig generiert werden. Registrieren Sie sich bitte unter folgendem Link: https://planauskunft.deutsche-glasfaser.de/de/ Sollte während der Anmeldung oder im Auskunftsprozess Schwierigkeiten auftreten, können Sie uns unter klaerfaelle-planauskunft@deutsche-glasfaser.de kontaktieren. Ihre Anfrage wird nicht weitergeleitet.“</p>		
<p>T43 INEXIO GMBH</p> <p><u>Schreiben vom 28.02.2024</u></p> <p>„im angefragten Bereich befinden sich derzeit Leitungen unseres Unternehmens. Wir sind jetzt im Bau. Dort bitte mit Vorsichtig zu agieren. Bitte laden Sie die Daten über folgenden Link herunter: https://share.inexio.net/in-dex.php/s/zznjGRTFHNLB5M Der Link ist bis zum 2024-03-28 aktiv. Ihre Passwort lautet: aswertzujklkjhzgtr Für weitere Auskünfte zum angefragten Bereich, zu den übersandten Unterlagen oder zu anderen Liegenschaften steht Ihnen unser Online Portal "https://planauskunft.inexio.net" zur Verfügung.</p>	<p>Konsequenz: Kein Änderungsbedarf.</p> <p>Begründung: Die Leitung der Inexio GmbH verläuft östlich des Gebäudes der Scheidter Straße Nr. 58, im Bereich des Ernst-Wagner-Wegs und somit außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes. Eine Beeinträchtigung ist nicht zu erwarten.</p> <p>Kein Beschluss erforderlich</p>	

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann		Seite 35
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -			
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024	
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:	
Bitte beachten Sie auch unsere weiterführenden Informationen im anhängenden Merkblatt.“			
T44 ERICSSON SERVICES GMBH CONTRACT HANDLING GROUP <u>Schreiben vom 28.02.2024</u> „vielen Dank für Ihre Anfrage. Die Firma Ericsson wurde von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassenschutz zu bearbeiten. Bei den von Ihnen ausgewiesenen Bedarfsflächen hat die Firma Ericsson bezüglich ihres Richtfunks keine Einwände oder spezielle Planungsvorgaben. Diese Stellungnahme gilt für Richtfunkverbindungen des Ericsson - Netzes und für Richtfunkverbindungen des Netzes der Deutschen Telekom. Bitte richten Sie Nachfragen ausschließlich per Email an die: bauleitplanung@ericsson.com“		Kein Beschluss erforderlich	
T45 TELEFONICA GERMANY GMBH & CO. OHG <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich	
T46 DIE AUTOBAHN GMBH DES BUNDES NL WEST <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich	
N1 GROßROSSELN BÜRGERMEISTER DOMINIK JOCHUM <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich	
N2 VÖLKLINGEN OBERBÜRGERMEISTERIN CHRISTIANE BLATT			

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 36
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
<p><u>Schreiben vom 23.02.2024</u></p> <p>„gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 136.20.00 „Bruch-Areal und Umfeld“ in der Landeshauptstadt Saarbrücken, Stadtteil St. Johann bestehen seitens der Stadt Völklingen keine Bedenken.“</p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>N3 PÜTTLINGEN BÜRGERMEISTERIN DENISE KLEIN</p> <p><u>Schreiben vom 23.02.2024</u></p> <p>„die Belange der Stadt Püttlingen sind durch den o.g. Bebauungsplan nicht betroffen. Es werden keine Anregungen bzw. Bedenken vorgebracht.“</p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>N4 RIEGELSBERG BÜRGERMEISTER KLAUS HÄUSLE</p> <p><u>Schreiben vom 27.02.2024</u></p> <p>„mit Ihrem Schreiben vom 19.02.2024, hier eingegangen am 19.02.2024, bitten Sie um Stellungnahme zu dem o.g. Bebauungsplanentwurf. Die Gemeinde Riegelsberg nimmt zu dem vorgelegten Entwurf gemäß § 4 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 2 Abs. 2 BauGB wie folgt Stellung: „Im Rahmen unseres Aufgabenbereiches bestehen keine Bedenken hinsichtlich des Planentwurfes und der Begründung. Ferner gibt es keinerlei beabsichtigte oder eingeleitete Planungen der Gemeinde Riegelsberg, die in einem Konflikt zu Ihrem Vorhaben stehen könnten.““</p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>N5 QUIERSCHIED BÜRGERMEISTER LUTZ MAURER</p> <p><u>Schreiben vom 22.02.2024</u></p> <p>„Die Belange der Gemeinde Quierschied werden durch das Vorhaben nicht berührt.“</p>		Kein Beschluss erforderlich
N6 HEUSWEILER		

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 37
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
<p>BÜRGERMEISTER THOMAS REDELBERGER</p> <p><u>Schreiben vom 06.03.2024</u></p> <p>„von Seiten der Gemeinde Heusweiler bestehen gegen den o. g. Bebauungsplan keine Bedenken.“</p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>N7 SULZBACH BÜRGERMEISTER MICHAEL ADAM</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>N8 MITTELSTADT ST. INGBERT OBERBÜRGERMEISTER ULLI MEYER</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>N9 MANDELBACHTAL BÜRGERMEISTERIN MARIA VERMEULEN</p> <p><u>Keine Stellungnahme abgegeben</u></p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>N10 KLEINBLITTERSDORF BÜRGERMEISTER RAINER LANG</p> <p><u>Schreiben vom 22.02.2024</u></p> <p>„nach Prüfung der Unterlagen werden die Belange der Gemeinde Kleinblittersdorf durch die Aufstellung des o.g. Bebauungsplanes nicht berührt. Gegen die Aufstellung des Bebauungsplanes bestehen somit keine Bedenken.“</p>		Kein Beschluss erforderlich
<p>N11 PRÉFECTURE DE MOSELLE (FORBACH, STIRING-WENDEL, MORSBACH, PETITE-ROSSELLE)</p>		

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 “Bruch-Areal und Umfeld“ im Stadtteil St. Johann	Seite 38
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
REGIONALE KONTAKTSTELLE <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
N12 MAIRIE DE GROSSBLIEDERSTROFF <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
N13 MARIE D'ALSTING <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
N14 MAIRIE DE SPICHEREN <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
N15 LE PRÉSIDENT DE LA COMMUNAUTÉ D'AGGLOMÉRATION FORBACH <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
N16 MAIRIE DE STIRING-WENDEL MONSIEUR YVES LUDWIG <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich

Anlage 7 TÖB	BBP Nr. 136.20.00 "Bruch-Areal und Umfeld" im Stadtteil St. Johann	Seite 39
Stellungnahmen gem. § 4 Abs. 1 BauGB der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange - Frühzeitige Beteiligung -		
Beteiligung mit Schreiben vom 19.02.2024		Frist zur Stellungnahme bis 19.03.2024
Stellungnahme:		Ergebnis der Überprüfung:
N17 FORBACH ALEXANDRE CASSARO <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
N18 MAIRIE DE SCHOENECK <u>Keine Stellungnahme abgegeben</u>		Kein Beschluss erforderlich
N19 MAIRIE DE PETITE-ROSELLE <u>Schreiben vom 21.02.2024</u> „Suite a votre courriel du 20 fevrier 2024 relatif a la modification de votre plan d'occupation des sols reference en objet, je vous remercie de nous avoir consultes afin de solliciter notre avis concernant votre projet. Par la presente, nous vous faisons savoir que nous n'avons aucune remarque particuliere a formuler.“		Kein Beschluss erforderlich